

Die „Streife“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“.

Die abendliche Ausgabe oder deren Raum kostet 25.— Mk., einschließlich Inzeratentaxe. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Inzeratentaxe.

Redaktion: Fernsprecher Dönhofs 4190, 4191 und 4192, Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

# Streife

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Herabsetzung der Ausgleichszahlungen?

Das Gesuch der Deutschen Regierung, die Ausgleichszahlungen herabzusetzen, wurde, wie mitgeteilt, von Frankreich scharf abgelehnt. Es sei in Erinnerung gebracht, um was es sich handelt. Durch gemischte Schiedsgerichtshöfe wurden die Zahlungen festgesetzt, die Deutschland Privaten zu leisten hat für Schäden, die ihnen durch unnötige Kriegsmassnahmen deutscher Offiziere zugefügt wurden.

Neuter erfährt, daß Lloyd George Poincaré eingeladen habe, sich mit ihm am 7. August in London zu treffen. Lloyd George schlägt vor, die Beratungen auf die Reparationsfrage zu beschränken.

Die Antwort der belgischen Regierung auf die deutsche Note betr. die Ausgleichszahlungen lautet:

Die belgische Regierung wird sich über den Antrag auf Herabsetzung der an die Ausgleichsämter zu leistenden Zahlungen sowie gleichzeitig über das Gesuch um Gewährung eines Moratoriums äußern.

## Die deutsche Antwort an Frankreich fertiggestellt

In der Kabinettsitzung, zu der die Reichsregierung am Montag, mittags um 12 1/2 Uhr zusammengetreten war, wurde von den Mitabgeordneten der Reichsregierung, wie die V. B. N. von zuständigem Stelle erfahren, nur der Entwurf der deutschen Antwort an die französische Regierung wieder kurz zuvor in einer Chefbesprechung um 12 Uhr durchberaten worden war.

(D.A.) Berlin, 31. Juli. Für die Auffassung der deutschen Regierung, die in der Note auch klar zum Ausdruck gebracht werden soll, daß nämlich die Abtrennung der Frage der Ausgleichszahlungen als einer Einzelfrage von den zurzeit noch von der Reparationskommission behandelten Fragen der Reparationszahlungen und der deutschen Leistungsfähigkeit nicht angebracht ist, kann sich die deutsche Regierung mit Freigabe und Recht auf die in Berlin jetzt vorliegende Antwort der belgischen Regierung stützen, die ebenfalls die einheitliche Behandlung des gesamten Fragenkomplexes zur Voraussetzung hat.

## Der Bericht des Garantiekomitees

EP. Paris, 31. Juli. Der „Temps“ teilt mit, daß das Garantiekomitee seinen Bericht an die Reparationskommission noch nicht überreicht habe. Es müsse aber gesagt werden, daß die Informationen über diesen Bericht veröffentlicht werden, unrichtig sind.

an der endgültigen Ausarbeitung des Berichtes gearbeitet, und man hofft, ihn im Laufe der nächsten Woche zum Abschluß zu bringen.

## Neuer griechisch-türkischer Zusammenstoß

(EE.) Paris, 31. Juli. Ein neuer Zusammenstoß zwischen griechischen Irregulären und türkischer Gendarmerie ereignete sich, wie der „Temps“ meldet, in der Umgegend von Tschadalka. Dabei wurden die Griechen aus der neutralen Zone hinausgeworfen.

(EE.) Konstantinopel, 31. Juli. General Townsend verließ gestern Angora, um nach London zurückzukehren. Er erklärte Zeitungsvertretern, daß er der türkischen Nationalversammlung für den ihm bereiteten Empfang sehr dankbar sei.

## Die italienische Krise Eingreifen der Sozialisten

(EP.) Rom, 31. Juli. Laut „Prest“ planen die Sozialisten, wenn sich nicht eine Regierung zustandekommt, die die Autorität wieder herzustellen weiß, gleichzeitig alle Provinzial- und Gemeindevormaltungen mit sozialistischen Mehrheiten zurücktreten zu lassen.

Die Regierungskrisis bezieht heute noch so wie vor acht Tagen, die Sozialisten lehnen die Beteiligung an einer Regierung, in der auch Faschisten sitzen, ab.

## Zur Streikbewegung in Italien

(EP.) Mailand, den 31. Juli. Der Generalkrieg in Ravenna hat aufgehört. In der Provinz Romagna herrscht wieder Ruhe. Der größte Teil der Faschisten, die vom Lande in die Stadt gekommen waren, ist wieder abgerückt.

## Vor dem Ende des Eisenbahnerstreiks

London, 31. Juli. Neuter meldet aus New York, in Anbetracht der genauen Kenntnis über die Streiklage hätten, werde verhängt, daß über die Friedensbedingungen im Eisenbahnerstreik infolge der Bemühungen des Präsidenten Harding bereits eine Einigung erzielt worden sei.

## Deutsche Arbeiter beim Wiederaufbau Frankreichs?

(EP.) Paris, 31. Juli. Das Programm, das der französische Arbeitsminister Le Troquer angedeutet und wonach große Arbeiten von allgemeinem Interesse von deutschen Arbeitern mit deutschem Material ausgeführt werden sollen, wird, wie der „Temps“ berichtet, zur Zeit von dem Dienstzweig der Reparationskommission studiert.

## Ungarische Krone und deutsche Mark

Budapest, 31. Juli 1922. In der Nationalversammlung befahte sich Finanzminister Rakos mit dem Kurstrickung der ungarischen Krone und sagte u. a.: Diese Entscheidung wird durch keinerlei innere Verhältnisse gerechtfertigt.

## Teuerung und Presse

Mit dem Elend der Bevölkerung steigt auch die Not der Presse. Von Monat zu Monat müssen Erhöhungen des Abonnementspreises vorgenommen werden. Trotzdem gelingt es in zahlreichen Fällen nicht, die Existenz der Presse sicherzustellen.

Neben all dem macht sich auch in Deutschland eine Entwicklung bemerkbar, wie wir sie in England und Amerika seit langem haben. Es bilden sich große Verlagskongerze heraus, die zahlreichen Blätter erscheinen lassen.

In Deutschland ist es Stinnes, der auf dem besten Wege ist, sich die öffentliche Meinung durch zahlreiche Presseunternehmungen zu unterwerfen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist neben unzähligen anderen Zeitungen auch sein Blatt.

Wie ganz anders steht die Arbeiterpresse da. Ihr stehen keine anderen Mittel, als die Abonnements- und Inzeratengelder zur Verfügung. Arbeiterblätter sind daher sehr bald gezwungen, durch Erhöhung der Abonnementsbelegänge den gestiegenen Ausgabeetat zu decken.

Suchen wir uns ein Bild zu machen von den gewaltigen Steigerungen all der mit der Herstellung einer Zeitung verbundenen Kosten. Das Papier war bis zum Juni gegenüber den Friedenspreisen um das 70fache gestiegen und hat im Juli eine Steigerung auf das 100fache erfahren.

Schon seit langem wurde der Reichstag angewiesen, um dieser seit langem wachsenden und hinsichtlich der Korruption der öffentlichen Meinung katastrophalen Entwicklung entgegenzuwirken. Dem Wucher auf dem Papiermarkt muß entgegengetreten werden.



werden, gleichen einem Tropfen auf einen heißen Stein. Zudem vergeht noch mancher Monat, ehe irgendwie für den Zweck nennenswerte Beiträge sich ansammeln können.

Inzwischen spreitet die Not der Presse mit Riesenschritten fort. Im ganzen Reich sind unausgesetzt Abonnementspreissteigerungen notwendig geworden. Wie die Verlegerorganisation mitteilt, werden auch die in Berlin erscheinenden Blätter für August ihre Bezugspreise beträchtlich erhöhen.

Angeichts der enormen Preissteigerungen für alle zur Herstellung einer Zeitung notwendigen Ausgaben wird es keinen Leser mehr verwundern, wenn trotz der schon erfolgten Erhöhung der Abonnementspreise unseres Blattes auch eine weitere Erhöhung sich nicht umgehen läßt. Die Erhöhung der Abonnementspreise ist bis jetzt weit hinter der Erhöhung der Preise für die zur Zeitungsherstellung wichtigsten Verbrauchsstoffe zurückgeblieben. Der Abonnementspreis dürfte als etwa 4mal so hoch als zu Friedenszeiten angesehen werden. Dem stellt man die Verteuerung des Druckpapiers, der Farben und der Kohle gegenüber. Besonders die Steigerung des Papiers macht den Zeitungen die Existenz schwer, da das Papier den größten Ausgabenposten bei der Herstellung der Zeitung überhaupt ausmacht.

Die Hauptsache aber ist: eine Arbeiterzeitung ist mehr als bloß ein über die Tagesereignisse unterrichtendes Organ. Sie ist zugleich Wegweiser im proletarischen Kampf gegen den Kapitalismus. Unter keinen Umständen darf sie durch die wirtschaftliche Misere in ihren Aufgaben beschränkt oder gar gelähmt werden. Es ist daher Pflicht jedes Parteigenossen, auf die Ursachen der Zeitungsteuerung aufmerksam zu machen und auf die Gefahren hinzuweisen, die daraus für die Arbeiterbewegung entstehen, wenn die Arbeiterpresse einen Rückgang erleidet. Es ist ebenso die Pflicht aller Parteigenossen, unausgesetzt für die Erweiterung des Leserkreises und für die Verminderung der Armut der Indifferenten Sorge zu tragen.

### Treibt Bayern Hochverrat?

Die bayerische Regierung hat auf Grund ihrer verfassungswidrigen, also ungesetzlichen Ausnahmeverordnung unser Münchener Parteiblatt, den „Sozialdemokrat“, auf sechs Tage verboten. In der betreffenden Nummer, die das Verbot herbeigeführt hat, wird der bekannte Heimatlandbrief an die bayerische Reichswehr abgedruckt. Sollte das der tiefere Grund für das Verbot sein? Oder läßt sich die bayerische Regierung getroffen, weil ihr in einem anderen Artikel der gleichen Nummer der Vorwurf des Hochverrats gemacht wird? Warum auf einmal so empfindlich? Bayern hat durch seinen Schritt den Bruch mit der Reichsverfassung vollzogen. Es hat ein mit zwei Dritteln Majorität beschlossenes Gesetz, dem selbst der reaktionäre Reichsrat, bis auf die Stimme Bayerns, seine Zustimmung erteilt, für das bayerische Hoheitsgebiet außer Kraft gesetzt. Diese Wandlung ist nichts weiter als der erste Schritt zur Selbständigmachung Bayerns, zum Abfall Bayerns vom Reich. Darüber sind sich nicht nur die sozialistischen Parteien einig, auch die Demokraten, die sich namhafte Führer der Deutschen Volkspartei mißbilligen die Haltung Bayerns auf das schärfste, nennen sie Verfassungsbruch oder, aber ich in der Art, wie er in Bayern vollzogen wurde, Hochverrat, denn er zerbricht die Reichseinheit, die gerade in dieser Stunde, schon aus wirtschaftlichen und außenpolitischen Gründen hochgehalten werden muß.

Die bayerische Regierung will eine republikanische Regierung sein, sie ist es aber nicht! Sie ist der Schrittmacher der Monarchie und tritt deshalb republikanisches Recht und Gesetz mit Füßen. Alle schönen Gesen nützen da nichts. Es mag den Nachbarn ja unangenehm sein, muß aber doch immer wieder gesagt werden, daß Bayern durch die Schuld seiner Regierung der Herd der Verschwörung und des politischen Verbrechertums geworden ist. Der Erzbergermord wurde in München beschlossen. Die Täter stammten aus München. Sie konnten nicht verhaftet werden, weil sie von München aus gewarnt, mit falschen Pässen verlorj und über die Grenze gebracht worden sind. Die Geheimorganisation C., die den Erzbergermord besah, hat ihren Sitz in München. Die bayerische Regierung hat nicht getan, die Genossenschaft auszuheben und sie dem Richter zuzuführen. So konnte dank dieser Tatsache ein Jahr später der Nord an Rathenau durch dieselbe Organisation ausgeführt werden. Unser Genosse Gareis wurde vor Jahresfrist in München ermordet. Keine Hand hat sich bisher gerührt, um die Täter zu fassen. Tugende von Nordenschlägen und Gewalttaten gegen republikanische Führer sind im letzten Jahre in Bayern verübt worden, aber in keinem Fall hat die Polizei die Täter gepackt und sie den Gerichten zur Verurteilung zugeführt. Diese Passivität der Regierung muß zwangslos immer weitere Verbrechen heraufbeschwören, für die dann eben folgerichtig nur die Regierung verantwortlich zu machen ist.

Das festzustellen, mag der bayerischen Regierung wehe tun, aber es muß gesagt werden, weil für uns nicht das Gedeihen der Münchener Verschwörer, sondern die Existenz der Republik zur Entscheidung steht. Verhervorteile ändern an diesen Tatsachen nichts. Sie beweisen nur, daß die bayerische Regierung die Wahrheit zu fürchten hat.

### Der Staatsgerichtshof in Tätigkeit

Leipzig, 31. Juli. Die erste Verhandlung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik findet unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schmidt, des Leiters der Kriegsschuldigen-Prozesse, am 10. August statt. Als Richter nehmen die Reichsgerichtsräte Medner und Dr. Baumgarten, außerdem der frühere Reichsanwalt Behrensbad, die Reichstagsmitglieder Hermann Jaedel und Erkelenz teil. Verhandelt wird zunächst gegen den Archivar Karl Lann-Häffen und Genossen, den Kaufmann Julius Wengert-Körnberg, den Kapitän Edward Geertz-Hamburg, den Kaufmann Georg Buchler-Oppurg, den Studenten Manfred Pacher-Heidelberg und Genossen und gegen den Landwirtschaftsbevollmächtigten Rudolf Ziepel-Greifswald.

## Schulunterricht im Geiste der Völkerverjöhnung

Eine Verfügung des preussischen Kultusministers  
Der preussische Kultusminister, Dr. Boeltz, hat in einer Verfügung entschieden, daß der Artikel 148 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung, wonach der Unterricht „im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverjöhnung zu erteilen sei, bereits heute geltendes Recht darstelle (Amtlicher Teil des Zentralblattes für die gesamte Unterrichtsverwaltung Preussens, Heft 12, Jahrgang 1922). Wie wir erfahren, liegt dieser Verfügung folgender Vorfall zu Grunde:

Der Berliner Studientrat Dr. Erich Witte hatte in einer Eingabe an dem Berliner Provinzialschulkollegium das Recht für sich in Anspruch genommen, im Unterricht u. a. die folgenden Gegenstände zu behandeln, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet: „Das Problem des Völkerverbundes nebst dem Selbstbestimmungsrecht und dem Problem der internationalen Schiedsgerichte; das internationale Leben der Gegenwart; Aufklärung der Schüler über die Kulturwidrigkeit der Kriege.“ Das Provinzialschulkollegium entgegnete ihm, daß es politische Erörterungen dieser Art im Unterricht nicht billigen könne. In einer Zeit, in der sich die politischen Gegensätze so scharf ausprägen und sich so heftig auswirken wie in der jetzigen, sei es Pflicht jedes gewissenhaften Lehrers, im Unterricht alles zu vermeiden, was Andersdenkende verlesen könnte. Dr. Witte berief sich gegenüber dieser Antwort auf Artikel 148 Abs. 1 der Reichsverfassung, wonach der Unterricht im Geiste der Völkerverjöhnung zu erteilen sei. Gegenüber diesem Hinweis erklärte das Provinzialschulkollegium, daß dieser Absatz nur das in allen Schulen zu erstrebende Ziel aufstelle, aber noch nicht vom Unterricht spreche. Im übrigen verkenne Dr. Witte die Bedeutung der Verfassung des deutschen Reiches, die keineswegs bestimmt sei, die Landesgesetzgebung und die Verordnungen der Verwaltungsbehörden überflüssig zu machen. Vielmehr bestimme Artikel 10 der Verfassung, daß das Reich im Wege der Gesetzgebung Grundzüge aufstellen könne, z. B. auch für das Schulwesen.

Da es sich um eine Angelegenheit von prinzipieller Bedeutung handele, rief Dr. Witte nunmehr die Entsendung des Ministeriums für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung an. In einer Eingabe wies er darauf hin, daß nach der Auffassung des Provinzialschulkollegiums, der Unterricht aufweisend erst dann im Geiste der Völkerverjöhnung erteilt werden dürfe, wenn das Ministerium dahingehende Ausführungsbestimmungen erlassen habe. Auf diese Weise aber hätten die Militärkassen im Unterricht völlig freie Hand, während die auf dem Boden der Reichsverfassung stehenden Lehrer den Unterricht nicht im Geiste der Völkerverjöhnung geben könnten. Daraufhin hat Minister Dr. Boeltz nun entschieden, daß der Artikel 148 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung bereits heute geltendes Recht darstelle.

### Die Zahl der preussischen Beamten

In einigen Blättern wurde auf Grund der dem Landtag angekauften Denkschrift festgestellt, daß gegenwärtig im preussischen Staatsdienst beschäftigt seien: 160 800 Beamte, 15 645 Hilfsbeamte und 11 368 Angestellte, insgesamt also 191 201 Köpfe. 1914 seien nur 110 228 Köpfe in den gleichen Verwaltungen beschäftigt gewesen, mithin seien jetzt 80 273 Köpfe mehr eingestellt, obwohl Preussens Gebiet erheblich verkleinert sei. Dieser letzte Satz ist, wie der amtliche Preussische Pressedienst schreibt, durchaus irreführend. Aus der in den Blättern zitierten Denkschrift (Drucksache 3210 des Preussischen Landtags) ist ersichtlich, daß 1. in der für den 1. April 1914 angegebenen Zahl der Beamtenstellen die auf die abgetretenen Gebiete entfallenden Beamtenstellen nicht berücksichtigt worden sind, so daß die Gegenüberstellung von dem verkleinerten Preußen gegenüber dem damaligen Staatsgebiet keine Berechtigung hat; 2. daß das Anwachsen der Zahl der preussischen Beamten im wesentlichen auf das Dienstverhältnis der Schutzpolizei mit rund 60 000 Köpfen zurückzuführen ist.

## Der Streit unter Deutschnationalen

Morus Düringer — Wulle baut Jellen

In den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ wendet sich der aus der deutschnationalen Fraktion ausgesetene Reichstagsabgeordnete Minister a. D. Düringer gegen die Deutschnationalen. Er erklärt eine Reglerung gegen die Sozialdemokraten für unmöglich, weil sie Generalstreik und Bürgerkrieg einleiten würde. Keine Partei würde zurzeit bereit sein, mit den Deutschnationalen in eine Koalition zu gehen, weil diese schon zum zweiten Male das deutsche Volk in die Gefahr einer schweren Katastrophe geführt habe. Sie vertrete eine Richtung, die einen direkten widerchristlichen Haß gegen bestimmte Persönlichkeiten und eine ganze Kategorie deutscher Staatsbürger in Wort und Schrift propagiere. In untreuen Köpfen lege das den Willen zur Tat aus, der sich schließlich im fluchwürdigen Verbrechen auswirke. Die deutschnationale Partei habe sich selbst ausgespalten. Niemand habe sie gegen die Auswüchse ihrer Presse rechtzeitig Stellung genommen. Durch die Auswahl ihrer Redner bei der Beratung der Schuggesetze habe sie propagierend gewirkt und lästige und unwürdige Tumulten herbeigeführt.

Dazu schreibt die Korrespondenz der deutschnationalen Volkspartei:

Erzelenz Düringer ist wohl von allen Parteifreunden, auch wenn sie seine politischen Anschauungen und sein politisches Auftreten nicht billigen, wegen der Bornehmtheit seines Charakters immer hochgeschätzt worden. Das ist vorbei. Was er auch innerlich längst mit uns gebrochen haben, so erfüllt uns mit besonderer Trauer, daß er die vergifteten Waffen der Gegner aufnimmt. Es war still geworden davon, daß die Deutschnationale Volkspartei schuld an der Ermordung Erzbergers und Rathenaus sei — jetzt können sich die Gegner für ihre Missetaten auf den ehemaligen deutschnationalen Abgeordneten Dr. Düringer. Er hat dazu beigetragen, daß das Feuer der Feindschaft von neuem aufflammt, daß ein neuer Strom der Vergiftung sich über eine Partei ergießt, der er so lange, zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, aber nur äußerlich angehört hat. Das war eine Parocida — Tat.

Bei den Deutschnationalen ist also nur hochgeschätzt, wer — deutschnational ist. Weil Düringer genug Reichlichkeitsgefühl besaß, sich von der Gemeindhaft mit Wulle und Konsorten loszusagen, deshalb ist es mit der Hochachtung der Deutschnationalen für Düringer vorbei. Wer die Wahrheit sagt, darf nicht haften, trotz aller „Bornehmtheit des Charakters“.

Die „Deutsche Zeitung“ pflichtet natürlich der Deutschnationalen Parteikorrespondenz „rückhaltlos bei“ und nennt Düringers Vorgehen unentschuldigbar Treubruch.

Weiter meldet das Mauerbrecherblatt:  
Der „Deutsche Herald“, der bekanntlich vom Reichstagsabgeordneten Wulle gegründet wurde und geistig geleitet wird, hat auf seinem gestrigen außerordentlichen Sekretariatstag für Aufrechterhaltung der deutschnationalen Parteieinheit ausgesprochen. Er kann aber nach den Vorgängen den ihm angehörenden völkischen Abgeordneten die weitere Mitarbeit in der Fraktion nur zumuten, wenn gewisse Bedingungen gewährleistet sind, zu denen Auswahl der Parteileitung und des Parteivorstandes entsprechend der Zusammensetzung der Wählerchaft und Einberufung des Parteivertretertages und des Parteitages gehören.

Die Deutschnationalen bleiben also demnach bei den Deutschnationalen, geben sich ihr eigenes Programm, das nicht weiter heißt, als Parteieroberung von innen heraus. Für dieses Programm werden fortan die deutschnationalen Jellen wirken. Das verspricht recht heiter zu werden, besonders dann, wenn Wulle und Henning erst mal zu reinigen anfangen. Arme Erzelenzen, Professoren usw.!

## Die Flut der „kleinen Anfragen“ im Reichstag

Nachdem erst kürzlich durch die gesamte deutsche Presse eine Notiz gegangen ist, aus der hervorging, welche Kosten die Institution der kleinen Anfragen dem Reich kostete, hätte man annehmen sollen, daß die Reichstagsabgeordneten sich etwas mit den kleinen Anfragen einschränken würden, und daß sie nur dann solche Anfragen in Druck geben, wenn wirklich ein ernstlicher Anlaß dafür vorliegt. Dem ist aber nicht so, obwohl jetzt Reichstagsferien sind, sind bereits wieder sieben kleine Anfragen eingegangen, von denen nicht weniger als elf auf die Rechnung der Deutschnationalen Volkspartei kommen. Welche Sorgen dabei dem so teuren Druckpapier anvertraut werden, geht daraus hervor, daß die meisten dieser Anfragen nicht weiter sind als Abbrude aus Tageszeitungen, denen dann am Schluß die lästliche Phrase „Selbst bloße Gerüchte genügen den tüchtigen Fragestellern zu einer kleinen Anfrage, die dann pflichtgemäß gesetzt und gedruckt werden muß.“ Die Deutsche Volkspartei hat zwei kleine Anfragen eingebracht, von denen die eine sich mit einer Notiz der „Freiheit“ gegen den Reichsverkehrsminister, die andere mit den 28 Avianon-Gefangenen beschäftigt. Zwei kleine Anfragen wichtigeren Inhalts stammen von den Demokraten und je eine von den Unabhängigen und Sozialdemokraten.

## Ludendorff empfiehlt sich . . .

(CC.) Paris, 31. Juli. Der Berliner Vertreter des „New York Herald“ hatte eine Unterredung mit Ludendorff, der ihm erklärte: Die Rettung Europas liegt in der Unterdrückung des Bolschewismus. Mit Hilfe Amerikas muß es gelingen, Rußland wiederum in die Gesellschaft der Völker hinzubringen.

Durchgreifende Änderungen der Reparationsbedingungen seien notwendig, um einen finanziellen Zusammenbruch Deutschlands zu verhüten. Deutschlands Wohlfahrt und Zukunft hänge von der Wiederherstellung der Monarchie ab, wie sie von Bismarck eingerichtet wurde. Ubrigens ist nach Ludendorffs Ansicht die Frage, ob die Staatsform Deutschlands republikanisch oder monarchistisch sein soll, von untergeordneter Bedeutung. Das wichtigste sei der Schutz Europas vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und einem etwaigen Ueberhandnehmen des Bolschewismus. Die Reparationsforderungen der Alliierten jedoch hätten den Bolschewismus und schäfen wirtschaftliche Unordnung. Eine normale Lage in Europa kann nur wiederhergestellt werden, wenn Frankreich, England und Deutschland von den Vereinigten Staaten unterstützt, Bemühungen machen werde, das russische Volk von der Sowjetherrschaft zu befreien. Wenn ein Konsortium zur wirtschaftlichen Ausbeutung Rußlands gebildet würde, könnte dies zum Heile des russischen Volkes, Europas und der ganzen Welt geschehen. Eine wesentliche Vorbedingung ist jedoch die, daß die Alliierten ihre Politik Deutschland gegenüber ändern und die Völker sich andere politische Anschauungen zu eigen machen.

Es ist Ludendorffs Spezialität geworden, in englischen Zeitungen für gutes Honorar seine von Fachkenntnis völlig ungetriebenen politischen Weisheiten in verzapfen oder Interviews zu geben. Dabei malt er in echter alldentscher Manier immer gern den bolschewistischen Schred an die Wand, empfiehlt militärische Niederwerfung Rußlands, wobei natürlich zwischen den Zeilen seine Generalseigenschaft in empfehlende Erinnerung gebracht wird. Es ist die alte alldentsche Schule, der Ludendorff dient: Erst wird die Gefahr selbst großgezogen, um dann damit politische Geschäfte zu treiben. So heften die Ludendorffer zum Krieg und jetzt wieder zum Bürgerkrieg. Denn niemand anders, als diese Kreise geben dem sogenannten Bolschewismus immer wieder neue Nahrung und halten das längst zusammengebrochene System weiterhin künstlich am Leben.

Sie leben vom Spalten! — Die Moskauer lassen sich ihre Tätigkeit, die Spaltung der Arbeiterorganisationen, viel Geld kosten. Alle nacheinander gibt es Konferenzen, Zentralauskünfte, Gewerkschaftsfunktionärkonferenzen usw. Wie es scheint, soll jetzt auch die Arbeiterportbewegung von den Kommunisten gespalten werden. Nach der „Noten Rahne“ hat in diesen Tagen in Berlin ein Kongreß der „Noten Sport-Internationale“ getagt. Es wurde beschlossen, der Führung der Rußner Internationale, die in Händen deutscher Genossen liegt, durch die Kommunisten „ein Ende zu machen“. Wir sind überzeugt, daß unsere Genossen diesen schädlichen Treiberien zu begegnen wissen. Eine Spaltung der Sportbewegung soll den Moskauer Stipendiaten nicht gelingen. Herr Bruno Pieske mag sich anderweitig betätigen und seinen Unterhalt verdienen.

Venin bald völlig wiederhergestellt. Der Volkskommissar für Gesundheitswesen Sematsko erklärte auf zahlreiche Anfragen, daß Venin bald völlig wiederhergestellt sein werde. Schon jetzt fühle er sich den Umständen nach durchaus wohl und empfangt seine Mitarbeiter, die ihm über die laufenden Angelegenheiten Bericht erteilten.

Beräuberung russischer Kunstgegenstände. Pranda meldet, die Sowjetregierung arbeite einen Plan zur Veräußerung der Kunstgegenstände Rußlands im Auslande aus.



# Berliner Bezirksparteitag der S. P. D.

Am Sonntag tagte der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Groß-Berlin. Aus dem Geschäftsbericht ist folgendes erwähnenswert: Im ersten Quartal des Berichtsjahres war ein Rückgang der Mitgliederzahlen zu verzeichnen; es waren 53 126 Mitglieder vorhanden. Durch die Abgabe der Kreise Niederbarnim und Zehlendorfer an den Bezirksverband Brandenburg verminderte sich die Zahl auf 41 124 Mitglieder. Am Schluss des Berichtsjahres stieg die Zahl auf 44 402 vollqualifizierende Mitglieder. — Der Berichtspräsident Theodor Fischer führte aus: „Nach der voraussetzlichen Vereinigung der beiden Parteien U.S.P. und S.P.D. werden also rund 140 000 organisierte Parteigenossen in Berlin-Brandenburg zu zählen sein.“ Folgende Entschliessung gelangte einstimmig zur Annahme: „Der Bezirksparteitag begrüßt die Bildung der zwischen den Fraktionen der S.P.D. und U.S.P. zustandekommenen Arbeitsgemeinschaft und spricht die Hoffnung aus, daß es bald gelingen möge, die einer organisierten Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien etwa noch im Wege stehenden Hindernisse hinwegzuräumen. — Die von den Berliner Genossen der S.P.D. stets erzielte sozialistische Einigung kann jedoch vorläufig nur durch die beiden sozialistischen Parteien hergestellt werden. — Die S.P.D. hat durch ihr Verhalten auch in letzter Zeit, insbesondere gelegentlich der jüngsten Demonstrationen, gezeigt, daß ihr an einer wirklichen Einheitsfront des Proletariats nichts liegt, wenn damit nicht gleichzeitig die Wünsche der Moskauer Gewalthaber erfüllt werden. Anstatt einigend, wirft diese Partei überall durch ihre verlogene Politik und ihre anerkennende Verleumdungsfucht gegenüber Andersdenkenden nur zerstörend und treibt dadurch die Arbeiter ins Lager der indifferenten Masse und der bürgerlichen Parteien. Die Wirksamkeit der Kommunisten kommt daher am Ende nur der Reaktion zugute. — Der Bezirksparteitag lehnt deshalb jede Gemeinschaft mit einer solchen Partei ab und verzichtet auf das Entschiedenste auch ein Zusammengehen in einzelnen kleinen Bezirken und Gruppen, sowie die Bildung sogenannter Kontrollausschüsse und ähnlicher Körperchaften.“

## Der Bezirk Südwestfalen für die Einigung

In den letzten Tagen haben eine Anzahl Ortsgruppen im Wahlkreis Plauen-Bwidau den Bericht vom sächsischen Landesparteitag entgegengenommen und sich dabei mit der politischen Lage und der Politik der Partei befaßt. Fast überall erklärten sich die Parteigenossen mit den von der Reichsleitung der Partei und von der sächsischen Landesverwaltung gefassten Beschlüssen einverstanden, wenn auch hier und da von einzelnen Genossen zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Einigung nicht überstürzt werden dürfe. In Plauen wurde nach längerer sachlicher Diskussion die folgende von Genossen Bickel und G. Seger eingebrachte Resolution gegen nur wenige Stimmen angenommen:

„Die Ortsgruppe Plauen der U.S.P.D. begrüßt die Beschlüsse der Reichstagsfraktion und der Reichskonferenz; insbesondere die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialdemokratischen Fraktionen. Sie erkennt an, daß der proletarische Kampf um die politische Macht in ein Stadium eintritt, das eine einheitliche am entschlossenen Handeln bereite Arbeiterklasse zur unerlässlichen Notwendigkeit macht. Deshalb ersuchen die Parteigenossen die Zentralleitung, ihre Bemühungen um die Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien bis zum endgültigen Erfolg fortzusetzen. Sie erwarten, daß die gleiche Erkenntnis die Genossen der Sozialdemokratischen Partei zu den gleichen ehrlichen Bemühungen veranlaßt. Sie bedauern, daß die Führer der Kommunistischen Partei nur höhnische Beschimpfungen für den Einigungswillen übrig haben. Von den Parteigenossen wird gefordert, daß sie in den Betrieben die noch der Kommunistischen Partei nachlaufenden Arbeiter für die große Tat der Einigung gewinnen.“

Die Parteileitung aber muß ununterbrochen versuchen, die der Wiedervereinigung noch im Wege stehenden Hindernisse zu beseitigen, damit die bevorstehenden Parteitage das deutsche Proletariat nach Jahren folgenreicher Zerrissenheit endgültig aneinanderführen können. Dann wird die große starke sozialistische Massenpartei entstehen, unter deren Führung die Arbeiterklasse den Kampf um ihre letzten Ziele siegreich schlagen wird.“

Es läßt sich schon jetzt sagen, daß die große Mehrheit der Parteigenossen im Bezirk für die Einigung der sozialdemokratischen Parteien ist.

## Opfer des Bergiports

(S.P.) Bern, 31. Juli. Laut „Bund“ sind am Sonntag morgen vier Schweizer beim Besetzen der Jungfrau abgestürzt. Die Partie bestand aus zwei Herren, zwei Damen und einem Führer. Es besteht keine Hoffnung, daß sie lebend aufgefunden werden. Eine Rettungskolonnen ist heute morgen abgegangen.

## Zeitungsverbot in Hannover

Wie den V.P.N. von zuständiger Stelle aus Hannover mitgeteilt wird, hat das Oberverwaltungsamt der Provinz Hannover auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik das Erscheinen des „Vielseher Kreisanzeigers“ für die nächsten drei Nummern verboten.

Auf 14 Tage ist der „Düsseldorfer Generalanzeiger“ in Verbot worden, der in der Druckerei der verbotenen „Windauer Zeitung“ verdrückt wird.

**Vom Zeitungsverbot.** Der demokratische „Bessertätiger Anzeiger“ stellt wegen der herrschenden Papiernot sein Erscheinen ein. — Die „Westfälische Morgenzeitung“ früher „Dortmunder Tageblatt“, das Organ der Demokratischen Partei, macht bekannt, daß sie ihr Erscheinen einstellt. — Die „Frankfurter Nachrichten“ erscheinen ab 1. August nunmehr einmal täglich als Morgenausgabe.

**Die „Tägliche Rundschau“** 100 M. monatlich. — Verlag und Schriftleitung der „Täglichen Rundschau“ ziehen sich genötigt, den Abonnementsbeitrag auf 100.— M. monatlich heraufzusetzen. — Auch die „Deutsche Zeitung“ hebt sich genötigt, ihren Bezugspreis erheblich zu erhöhen.

**Joffe Verhandlungsführer mit Japan.** Joffe ist nicht nur zum bevollmächtigten Vertreter der Sowjetrepublik in China ernannt worden, sondern wird auch zugleich die Sowjetrepublik bei den Verhandlungen mit Japan vertreten.

**Verbot der Getreide-Einfuhr nach Sowjet-Rußland.** In einem Rundtelegramm an seine ausländischen Vertretungen verbietet das Russische Volkskommissariat für Außenhandel die Erlaubnis der Getreide-Einfuhr nach Rußland für Brot, Getreide, Mehl und Zuder.

**Regenstürm in China.** Seit acht Tagen gehen über Nordchina ununterbrochen Regengüsse von nie gekannter Gewalt hernieder. Sie haben in den Provinzen des nörd-

# Poincaré und die Ausgleichszahlungen

## Zehn Tage Frist — dann „weitere Maßnahmen“

Die Note, mit der die französische Regierung am 26. Juli 1922 die deutsche Note vom 14. Juli 1922 wegen Barzahlungen im Ausgleichsverfahren und aus Urteilen der gemischten Schiedsgerichte, Art. 297c, beantwortet hat, hat folgenden Wortlaut:

Durch Schreiben vom 14. Juli haben Sie mir einen Antrag Ihrer Regierung wegen Herabsetzung der monatlichen Zahlung von zwei Millionen Pfund auf 500 000 Pfund zugehen lassen, zu denen sich das Deutsche Amt in dem Londoner Abkommen vom 10. Juni 1921 zwecks Abdeckung der deutschen Verpflichtungen bereit erklärt hat, die sich aus dem durch Artikel 296 des Vertrages von Versailles vorgesehenen Verfahren zum Ausgleich der deutschen Forderungen und Schulden ergeben.

Ihre Regierung hat an mich gebeten, von den Zahlungen, die für sie aus Abschnitt IV, Teil X des Vertrages von Versailles und besonders aus Artikel 297c folgen, für die Dauer des Rotoratoriums befreit zu sein, da sie bei der Reparationskommission zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen in bar zum Konto Reparationen nachgesucht hat.

Ich sehe mich zunächst genötigt, einen Irrtum zu berichtigen, der sich in Ihrer Excellenz Schreiben findet. Ihre Excellenz haben in der Tat geschrieben, daß die sich für Deutschland aus Abschnitt IV und insbesondere aus Artikel 297c ergebenden Verpflichtungen in erster Linie aus dem Erlös des liquidierten deutschen Eigentums in den beteiligten Ländern zu erfüllen sind.

Ich glaube, Ihre Excellenz daran erinnern zu sollen, daß der Friedensvertrag in dieser Hinsicht keine Verpflichtung für die alliierten und assoziierten Mächte enthält, sondern einfach die Möglichkeit ins Auge faßt, den Erlös aus den in Rede stehenden Liquidationen zur Zahlung der Entschädigungen an die alliierten Staatsangehörigen in Ausführung des Artikels 297c zu verwenden. Der Erlös aus der Liquidation könnte gemäß § 4 der Anlage zu Abschnitt IV nach dem Belieben einer jeden der alliierten und assoziierten Regierungen anderweitig verwendet werden.

Ihre Excellenz hat sicherlich erfahren, daß nach Unterzeichnung des Londoner Abkommens vom 10. Juni 1921, das nach Auffassung der dem Ausgleichsverfahren beigetretenen alliierten Mächte hinsichtlich der durch das Deutsche Amt vorzunehmenden Monatszahlungen alle Schwierigkeiten endgültig beseitigt, die alliierten Unterhändler den deutschen Vertretern eine Erklärung übergeben haben, worin sich in Anbetracht des vom 10. Juni 1921 getroffenen Abkommens die beteiligten alliierten Regierungen verpflichtet, Verhandlungen mit der Deutschen Regierung zu dem Zwecke zu eröffnen, Deutschland von der in den Vertrag aufgenommenen Möglichkeit, den Erlös aus den Liquidationen zur Zahlung der in Artikel 297c genannten Entschädigungen zu verwenden, Borteil ziehen zu lassen.

Die zwischen Frankreich und Großbritannien einerseits und Deutschland andererseits geführten Verhandlungen haben zu dem Abkommen über die Zahlung der Entschädigungen und über den Artikel 297 geführt.

Aus vorstehendem erhellt somit, daß die Kündigung des Londoner Abkommens, die aus der Nichtausführung der Hauptbestimmungen dieses Abkommens durch das Deutsche Amt folgen könnte, dem ein Ende setzen würde, da diese Abkommen — wie ich wiederhole — mit Rücksicht auf den Abschluß des Londoner Abkommens getroffen und ratifiziert worden sind.

Mit dem Antrag auf Herabsetzung der durch das Abkommen vom 10. Juni auf zwei Millionen Pfund festgesetzten Pauschalbeiträge auf 500 000 Pfund will Ihre Excellenz wohl sagen, daß die Zahlungen von 500 000 Pfund allmonatlich erfolgen würden, ohne, der Gläubiger- und Schuldnerlast Deutschlands Rechnung zu tragen.

Wenn die Regierung der Republik von der Erklärung Akt nimmt, daß das Deutsche Amt nicht an der Auslegung festhalten würde, die es dem Abkommen vom 10. Juni 1921 gegeben hat und wonach es sich der Zahlung der zwei Millionen Pfund entziele, sobald die übrigen an oft an berechneter Langsamkeit hervorhebenden Monatsabrechnungen es annehmbar als Gläubiger der alliierten Mächte erscheinen läßt, vermag sie den von Ihrer Excellenz gemachten Vorschlag nicht zu genehmigen.

Sie hält diesen Vorschlag nicht nur für unannehmlich, sondern sie lehnt es ab, das Abkommen vom 10. Juni 1921 wieder zur Geltung zu stellen. Sie könnte allein die Kündigung des Abkommens ins Auge fassen, welche die Rückkehr zu dem status quo ante für den Fall zur Folge hätte, daß das Deutsche Amt den Pauschalbetrag von zwei Millionen Pfund nicht zahlt.

Bei dieser Annahme würden die Vorteile des dem Deutschen Amt zugestandenen Pauschals verschwinden. Abdann würde

die strikte Anwendung des Artikels 296 des Vertrages von Versailles

und der Anlage zu diesem Artikel nötig werden. Die deutsche Regierung wäre verpflichtet, das Reichsausgleichsgericht unverzüglich aufzusuchen.

Das Deutsche Amt ist tatsächlich ebenso wenig berechtigt, deutschen Staatsangehörigen den Gesamtbetrag ihrer Forderungen an alliierte Staatsangehörige nicht zu zahlen, als darin einzuwilligen, von diesen nur Markt-

beiträge anzunehmen, die nicht die Gesamtheit ihrer Schulden darstellen.

Zweifelsohne haftet die deutsche Regierung für die Schulden ihrer Staatsangehörigen,

abgesehen von den im Artikel 296b vorgesehenen Ausnahmen. Diese Haltung kann jedoch bis zur wohlwollenden Bekämpfung mit der Valorisierung privater Schulden gehen; einer Valorisierung, die durch nichts zu rechtfertigen wäre, wenn die Schuldner zahlungsunfähig sind.

Im Falle der Aufhebung des Reichsausgleichsgerichtes und bei ausschließlicher Anwendung des Verfahrens gemäß Artikel 296 durch das Deutsche Amt, wäre die Regierung der Republik, zwecks genauer Festlegung der Lasten, die sich für Deutschland aus der in Artikel 296b vorgesehenen realisationsseitigen Haftung ergeben, geneigt, vorläufig und auf Grund festgelegender Modalitäten und Bedingungen neben den regelmäßigen Wais, wodurch das Deutsche Amt die von deutschen Schuldnern anerkannten und gezahlten Beträge dem französischen Amt aufschreibt, Wais entgegenzunehmen, welche die Forderungen betreffen, an deren sämtlicher Abtragung sich die Schuldner anerkennend erklären.

Die Uebernahme dieser Wais würde Deutschland selbstverständlich nicht von der Haftung in Ansehung der in Rede stehenden Schulden entbinden, aber Präsumption über die Zahlungsunfähigkeit der Schuldner gestatten. Die Namen dieser Schuldner wären außerdem öffentlich bekanntzugeben, damit für alle Fälle die alliierten Staatsangehörigen diejenigen kennenlernen, die ihren Vorkriegsverpflichtungen nicht nachkommen können, oder sich weigern, dies zu tun. Die Ankündigung der Bekanntgabe würde dem Deutschen Amt sicherlich schaden, die sichere Deckung der alliierten Forderungen sicherstellen. Die Regierung der Republik könnte hierzu eine Unerkennung des Deutschen Amtes durch anderweitige Informationen oder Mittel in Aussicht nehmen.

Die Regierung der Republik hat die Pflicht, ihre Staatsangehörigen zu schützen, ebenso wie mit demselben Rechte die deutsche Regierung als Haftbar für ihre Schulden in Ansehung der deutschen Gläubiger nicht gegen diese Pflicht verstoßen wird.

Uebrigens ist die deutsche Regierung wenig berechtigt, sich zwecks Aenderung des Londoner Abkommens vom 10. Juni 1921 auf die Lasten zu berufen, die ihr Artikel 296 des Vertrages von Versailles auferlegt. § 9 der Anlage zum Artikel 296 ermächtigt übrigens das Deutsche Amt, die Abzüge vorzunehmen, die für Rückfälle, Kosten und Vermittlungsgebühren erforderlich sind. Die Anwendung dieser Bestimmungen in Verbindung mit der Aufhebung des Reichsausgleichsgerichtes würde aller Wahrscheinlichkeit nach genügen, um die Last zu verringern, über die sich die deutsche Regierung beklagt und von der sie sich durch ihren Antrag auf Herabsetzung der Monatszahlungen zu befreien wünscht.

Was die Verpflichtungen aus Artikel 297c anlangt, so ist diese Frage jetzt durch die vorhandenen Abkommen geregelt. In diesen Abkommen hat sich die deutsche Regierung verpflichtet, die erforderlichen Gelder zu beschaffen, falls der Reinerlös aus dem liquidierten deutschen Eigentum nicht ausreicht. Diese Verpflichtung ist formell. Die deutsche Regierung kann sich, um ihr nachzukommen, jederzeit die etwa nötigen Hilfsmittel dadurch beschaffen, daß sie, solange als ihr dies angezeigt erscheint, die Anwendung des § 1 des Artikels 297 des Vertrages von Versailles ausübt oder verlangt. Die Regierung der Republik kann nicht annehmen, daß alliierte Staatsangehörige für die ihrem Eigentum durch Anwendung außerordentlicher Kriegsmassnahmen angefallenen Nachteile nicht entschädigt werden, während die deutschen Staatsangehörigen fortgesetzte Zahlungen für Schäden gleicher Art erhalten.

Die Regierung der Republik kann bei dieser Sachlage Ihrer Excellenz Antrag vom 14. Juli nur als null und nichtig ansehen.

Sie rechnet daher mit der getreuen Ausführung des Londoner Abkommens vom 10. Juni 1921 durch das Deutsche Amt und zweifelt nicht, daß den Verhandlungen gegenüber den systematischen Verzögerungen des Deutschen Amtes bei der Anerkennung der alliierten Forderungen Rechnung getragen wird. Es besteht übrigens die ganz bestimmte Absicht, die Komité in Paris und Straßburg solange nicht über deutsche Forderungen erkennen zu lassen, als sie nicht die Gewißheit erlangt haben, daß die Interessen der französischen Gläubiger gewahrt sind oder gewahrt werden.

Ich habe daher die Ehre, Sie zu bitten, mir

innerhalb einer Frist von zehn Tagen vom Datum dieses Schreibens ab gerechnet die Zusicherung zu geben, daß das Deutsche Amt künftig das Londoner Abkommen dadurch ausführt, daß es jeden Monat den Pauschalbetrag von zwei Millionen Pfund zahlt. Da mich der von Ihrer Excellenz übergebene Antrag auf den Gedanken gebracht hat, daß das Deutsche Amt nicht mehr die Absicht hatte, den Pauschalbetrag von zwei Millionen Pfund zu zahlen, habe ich für diese Eventualität

eine bestimmte Anzahl von Maßnahmen beschlossen.

Sollte die deutsche Regierung in der vorbezeichneten Frist nicht die Zusicherungen gemacht haben, die ich von Ihrer Excellenz dringend fordere, so schreibe ich daraus, daß meine Annahme richtig ist, und die vorgeschlagenen Maßnahmen werden sofort und automatisch zur Anwendung gelangen.

gez. Poincaré.

lichen Erntes fürchtbare Ueberschwemmungen verursacht und nahezu die gesamte Ernte vernichtet. In Peking haben die Regenfluten nicht weniger als 1800 Wohnhäuser zum Einstürzen gebracht, so daß in einzelnen Stadtvierteln viele Tausende ohne Obdach sind.

**Schwere Munitionskatastrophe in Rumänien.** In Bocsan ist infolge außerordentlicher Hitze in der Kaserne des 3. Genieregiments durch Selbstentzündung ein Munitionsdépôt explodiert. Die Munitionskatastrophe verursachte sechs Tote und zehn Verwundete.

**Der Volkshilfskommissar Kropholt,** der am Sonnabend vier Millionen Mark unterschlagen hatte, ist festgenommen worden. Das Geld wurde vollständig zur Stelle geschafft.

**Deutsche Einfuhr in England.** In den Monaten Juni und Juli sind in England für 333 484 Pfund Sterling mehr deutsche Waren eingeführt worden, als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres.

**Der Bürgerkrieg in England.** Man meldet aus Dublin, daß seit zwei Tagen in der Grafschaft Wicklow die Kämpfe wieder eine besondere Heftigkeit angenommen haben. Westlich wurde die Stadt Cashel von den Regierungstruppen eingenommen. Die Republikaner zogen sich unter

Zurücklassung von zwei Toten zurück. 26 wurden gefangen genommen.

**Aufstände in Sowjetrußland.** Der „Matin“ erfährt von seinem Korrespondenten in Riga, daß im Ural ein Aufstand gegen die Sowjetregierung ausgebrochen ist. Der Aufstand wird von den Soldaten Petroff angeführt. Die Truppen haben auf dem Marsch gegen Petersburg schon die Stadt Biarka eingenommen. Die Regierung von Moskau hat den Aufständischen zwei Divisionen entgegen geschickt. Der größte Teil dieser Truppen aims aber an den Aufständischen über. — Seit acht Tagen werden bereits ähnliche Aufstände aus anderen Teilen Rußlands gemeldet.

**Der internationale Kongreß der Seelenleute** wird nächsten Dienstag in Paris eröffnet werden. Eine vorbereitende Versammlung der Sekretäre der Nationalverbände wird morgen stattfinden.

**Wegen Streikaustraj verurteilt.** Der australische Arbeiterverband wurde in Sydney zu 300 Pfund Sterling Geldstrafe verurteilt mit der Begründung, daß er seine Mitglieder anlässlich einer Lohnkündigung zum Streik aufgefordert habe.







# Groß-Berlin

## Der schwarz-weiß-rote Blumenstrauch-Fleisch als Harden-Altkentäter verhasst

In dem Strafverfahren gegen den angeklagten Zuhälter Werner Fleisch, der bekanntlich seinerzeit verhaftet worden war, weil er unmittelbar nach Bekanntgabe der Ermordung Rathenaus im Reichstage dem Abgeordneten Dr. Helfferich einen Blumenstrauch mit einer schwarz-weiß-roten Schleife überbracht hatte, ist jetzt eine Wendung eingetreten durch die am Sonnabend erfolgte neuerliche Verhaftung des Fleisch. Er war bald nach dem Ueberbringen des Straußes von dem Abgeordneten Kemmele und Unterleitner etwas unvorsichtiger auf das Unerhörte seiner Handlungsweise hingewiesen worden. Er hat deshalb durch seinen Rechtsbeistand Rechtsanwalt Dr. Theodor Ahrens beim Reichstage die Genehmigung zur Strafverfolgung der beiden Abgeordneten nachgesucht. Ferner hat er sich beschwerdeführend an den Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof in Leipzig gewandt und die event. Einleitung eines Strafverfahrens gegen die beteiligten Beamten wegen Freiheitsberaubung beantragt, weil er entgegen den Vorschriften der Strafprozeßordnung 14 Tage in Untersuchungshaft gefesselt habe, ohne dem Richter vorgeführt zu sein. Nachdem er wieder aus der Haft entlassen worden war, ist er am Sonnabend aufs neue verhaftet worden, und zwar wegen Teilnahme an dem Attentat auf Maximilian Harden.

## Die echten Teutjchen

Die Mitgliedskarten des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ enthalten unter anderem sogenannte Lebensregeln, die wir nachstehend unseren Lesern bekannt geben:

1. Deutscher, wenn Du Deines Deutschtums bewußt bist und auch Deine Frau reinblütig ist, so bekämpfe jede Heirat mit fremdem Geschlecht in Deiner Familie.
2. Vermeide jeden gesellschaftlichen Verkehr mit Undeutschen und lasse Dich geschäftlich nur dann mit ihnen ein, wenn es unvermeidlich ist. (Mit anderen Worten: „Nur, wenn etwas zu verdienen ist.“)
3. Kaufe nie in jüdischen Warenhäusern und verbiete es auch Deiner Frau und Deinen Kindern.
4. Du darfst niemals Grundbesitz an einen jüdischen Käufer abgeben. (Aber sicher an einen „deutschen“ Vermittler.)
5. Halte keine jüdische Zeitung, es sei denn zum Zwecke der Erkenntnis des Judentums. (Teutische Zeitungen dürfen aber mit dem 100-Mark-Geld arbeiten.)
6. Gehe nicht ins Theater, wenn jüdische Stücke aufgeführt werden. Lies keine jüdischen Romane.
7. Frage Dich bei allen Vorgängen, die Du nicht völlig durchschauen vermagst: „Wie stellen sich die Juden dazu?“ Was sie verwerfen und schlecht machen, das nützt gewiß uns Deutschen.
8. Als deutscher Student vermeide möglichst die Vorlesungen jüdischer Professoren zu hören. Ruht Du es, so höre sie kritisch. (Alles andere ist reine Wahrheit und braucht nicht kritisch gehört werden! Und das werden dann Führer der Nation.)

## Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(7. Fortsetzung.)

Er hatte einen Haufen Kinder im Hofe, Buben und Mädchen, sechs, sieben Jahre alt, neun, zehn auch wohl ein paar. Er lehrte sie singen. Er sah auf dem Pumpenschwengel und sang ihnen vor. Sie mußten ihm nachsingen, und er schlug den Takt. Er sang:

„Es war einmal ein kleiner Mann  
 ju, dal di ra —  
 Der hatte eine große Frau  
 na di bums di ra —  
 Große Frau wollt tanzen gehn —  
 ju, dal di ra —  
 Kleiner Mann wollt auch mitgehn —  
 na di bums di ra —  
 Kleiner Mann muß zu Hause bleiben —  
 ju, dal di ra —  
 Muß die Röh und Röhler treiben  
 na di bums di ra —  
 Röh und Röhler treibt er nicht  
 ju, dal di ra —  
 Und von dem Brot da bleib er nicht  
 na di bums di ra —  
 Als die Frau nach Hause kam  
 ju, dal di ra —  
 Da sah der Mann im Butterloch  
 na di bums di ra —  
 Geht de raus, so kriegste was  
 ju, dal di ra —  
 Geht de raus, so kriegste was  
 na di bums di ra.  
 Frau suchte sich e Stedche  
 ju, dal di ra —  
 Und schlägt dem Mann auf Tedeche  
 na di bums di ra.  
 So, jetzt kann ich tanzen gehn  
 ju, dal di ra —  
 So, jetzt kann ich tanzen gehn  
 na di bums di ra.“

„Lautsuh“, sagte die Klar, „woher kennst du das?“  
 „Von der Odenwälder Grot“, sagte der Philipp, „die  
 ins alte Friedensrichters ist.“

9. Gib bei Wahlen niemals einem Juden Deine Stimme und unterstütze auch nicht die Kandidaten der dem Judentum verbundenen Parteien.

10. Von Vereinen, deren Mitglieder zum größeren oder auch nur zu einem beträchtlichen Teil Juden sind, halte Dich grundsätzlich fern.

11. Soweit es Deine Lage gestattet, bekämpfe das Judentum auch öffentlich und lasse keine Gelegenheit vorbeigehen, Vorträgen über seine Schändlichkeit im öffentlichen Leben aufzutreten. (Sage aber nichts über jüdische Ausbeuter und Kapitalisten.)

12. Helene Dich überall als Teutischer und suche zu Deinem Deutschtum; Du baust damit an der Zukunft unseres Volkes. (Der Monarchie und dem Reichthum.)

Diese Lebensregeln des reinen unverfälschten Deutschtums, die schon an reine unverfälschte Idiotie grenzen, bedürften eigentlich nicht eines besonderen Kommentars. Wir können es uns aber nicht verlagern, den Botaniden als weitere Lebensregeln vorzuschlagen:

13. Solange bei den Behörden und in der Regierung Juden arbeiten, lehne als Beamter Gehalt usw. ab.

14. Solange Juden in Deutschland leben, lehne es ab, dieselbe Lust mit ihnen zu atmen.

Das Beste wäre es, wenn der Punkt 14 strikte befolgt würde, dann wäre man eine ganze Anzahl gefährlicher Kranten los.

## Wohnungsnot

Zu diesem Kapitel schreibt uns eine Leserin:

„Bei der jetzt herrschenden Wohnungsnot wird es sicherlich für viele Kreise von Interesse sein zu hören, daß — wenn nirgends sonst — so doch in Charlottenburg Ueberfluß an freien Wohnungen herrscht. Denn anders läßt es sich wohl kaum erklären, daß im Hause Schillerstr. 9 (Charlottenburg) eine wunderschöne 4-Zimmer-Wohnung seit dem 1. April leer steht, ebenso seit dem 15. Juni eine 6-Zimmer-Wohnung in dem gleichen Hause.“

Man könnte wohl fragen: Was acht in bezug auf diese Wohnungen auf dem Charlottenburger Wohnungsmarkt vor? Doch wir sind selbstverständlich überzeugt, daß das Wohnungssamt seinerseits alles tut, um für die beiden leerstehenden Wohnungen Mieter zu finden. Scheinbar ohne Erfolg. Um der guten Sache willen sollte man die offenbar so schwere Aufgabe dem Wohnungssamt erleichtern und rechnen wir dabei auf Ihre gütige Unterstützung, zumal Ihnen zahlreiche Leser Ihrer Zeitung für die Bekanntgabe dieser momentan unausgenutzten Wohnungsmöglichkeit dankbar sein werden.“

Beim Wohnungssamt in Charlottenburg ist scheinbar alles möglich. Es wirkt wie blutiger Hohn, daß auf der einen Seite geräumige Wohnungen monatelang leerstehen und auf der anderen Seite in enge Wohnungen einige Familien zusammengepfercht werden. Indirekt trägt das Wohnungssamt in Charlottenburg zur Verschärfung des Wohnungsbedarfs bei. Die Ursache des Leerstehens der oben aufgeführten Wohnungen ist von allgemeinem Interesse.

## Das Hochhaus am Bahnhof Friedrichstraße

Nunmehr steht der Bauplan für das seit langem geplante Turmhaus Friedrichstraße fest. Die Wettbewerbsentwürfe haben aus dem Grunde nicht besonders berücksichtigt werden können, weil der Baugrund zum Teil nicht tragfähig genug ist. Neuerliche Bohrungen haben ergeben, daß fast die ganze Straßentransfront an der Friedrichstraße für schwere Bauten nicht in Frage kommen kann. Daher ist jetzt ein neuer Entwurf geschaffen worden, der an der Straßentransfront der Friedrichstraße zwischen der Weidendammer Brücke ein zweigeschossiges Baumwerk vorsieht. Zwischen diesem und dem übrigen Baukomplex ist eine Entlastungsstraße für die Friedrichstraße

vorgezogen, die durch einen breiten Durchgang in der Mitte des niedrigen Gebäudes, sowie an beiden Enden mit der Friedrichstraße in Verbindung steht. Die Front zur Entlastungsstraße hat ein Gebäude gewöhnlicher Höhe, ebenso wird auch dem Bahnhof Friedrichstraße gegenüber (also an der zweiten Seite des dreieckigen Bauplatzes ein Haus gewöhnlicher Höhe aufgeführt. Nur an der Südfassade, also die Front nach dem Reichstagsufer, erhält ein höheres zwölfgeschossiges Gebäude, wodurch keinem der anliegenden Gebäude Licht und Luft genommen wird. Städtebaulich und vornehmlich bedeutet diese Lösung die allseitige aller bisher entstandenen Entwürfe, da auch die neuentstandene Untergrundbahn zum Turmhaus einen guten Zugang besitzt. Man hofft, noch in diesem Jahre einen erheblichen Teil der ganzen Anlage herstellen zu können, da auch die Frage der Geldbeschaffung zur Zufriedenheit gelöst ist.

## Der Anhänger für Raucher

Den Berliner Rauchern ist vor längerer Zeit der Mund wässrig gemacht worden, daß es ihnen in Zukunft gestattet sein werde, auch im Innern der Anhängewagen zu rauchen, so daß sie in Zukunft nicht mehr auf den Plattformen sich Wind und Wetter aussetzen brauchen, sondern wie jeder Nichtraucher auch Anspruch auf einen Sitzplatz haben werden. Trotz der Zulage der Aufsichtsbehörden, der Eisenbahndirektion sowie des Polizeipräsidenten ist das Rauchverbot für die Anhänger noch nicht aufgehoben. Auch die übergeordnete Stelle, das preussische Handelsministerium, hat sich für die Freigabe der Anhängewagen als Raucherabteile ausgesprochen und noch immer ist der schriftliche Bescheid nicht eingegangen, trotzdem auch in anderen deutschen Städten die Erziehung gemacht worden ist, daß durch Einführung einer derartigen Erleichterung eine Mehreinnahme erzielt worden ist. Eine solche könnte die Straßenbahn aber wirklich gebrauchen. Eine bürokratische Verschleppung der Angelegenheit liegt also weder im Interesse der Benutzer noch der Verwaltung der Straßenbahn, also der Stadt Berlin selbst.

## Barüberweisung statt Steuermarken

Zur Vermeidung der bei der Ablieferung der Einkommensteuermarken für 1921 vorgekommenen großen Unzulänglichkeiten, welche sich im Januar 1922 bei der Abführung der Einlagebogen für das Jahr 1922 in verstärktem Maße wiederholen würden, da an Stelle der Steuerentnahmestellen die Finanzämter treten, die Annahmestellen somit bedeutend eingeschränkt sind, kann nicht dringend genug empfohlen werden, daß Arbeitgeber, welche mehr als 75 Arbeiter beschäftigen, von der gesetzlich zugelassenen Barablieferung der einbehaltenen Steuerbeträge unter Wegfall des Abnehmens von Steuermarken Gebrauch machen. Diese Bestimmungen sind in der Arbeitgeberkassensatzung wenig bekannt, verdienen aber wegen der in ihnen enthaltenen Erleichterungen für die Lohnbüros der großen Betriebe ganz besondere Beachtung. Ein ganz besonderes großes Interesse an dieser Regelung haben auch die Arbeitnehmer. Sie brauchen nicht mit den Markenbüchern sich zum Finanzamt zu begeben. Sie sparen Wege und Fahrkosten und das stundenlange Warten in überfüllten Kassenräumen.

## Weiterführung der kommunalen Brennstoffhandlungen.

Zur einseitigen Weiterführung der bisherigen kommunalen Brennstoffhandlungen in den Außenbezirken Groß-Berlins ist die Berliner Brennstoff-Verschaffungs-Gesellschaft m. b. H. begründet worden. Die zur Prüfung der Frage eingesetzte Kommission hat beschlossen, sämtliche in den Außenbezirken bestehenden kommunalen Brennstoffhandlungen sowie die damit verbundenen Versorgungsstellen der städtischen Dienstbetriebe durch die neue Gesellschaft während bis zum 31. Juli 1922 zu übernehmen. Die Betriebe sollen möglichst durch die in den Bezirken damit bisher beschäftigten, mit der Lage der Brennstoffversorgung vertrauten Dienststellen

„Sollst ja die närrisch Kränk kriegen! Nu machs noch emal!“

Und die Kinder sangen das Lied noch mal durch, machten den Ringelranz um die Pumpe herum, und der Kaiserphilipp dirigierte mit närrischen Bewegungen. Die Klar hopfte oben auf der Treppe mit und lachte, daß es häuserweit schallte. Und als die Kinder schon zum dritten Male den Reigen sangen, da rief sie unaufhörlich und sich ganz vergessend, ihrem Philipp zu: „Danz doch, danz doch!“ Sie rief es mit dem hohen, hellen A, das sie von ihrer Mutter geerbt hatte, und das allen Leuten so komisch wirkte. Da die Gasse nun auch von Leuten vollstand, so rief's von draußen, erst vereinzelt, dann laut und spöttisch von vielen Stimmen: „Danz doch, danz doch!“

Erst fiel es der Klar nicht auf. Sie rief ihrem Buben weiter ermunternd zu. Der war in seiner Rolle und tat die närrischsten Vorkipprünge. Und immer noch, mit deutlicherem Spott und quersüßender Nachahmung des A, obgleich sich die Leute über das Lied und das Spiel der Kinder freuten, rief es draußen: „Danz doch!“ Da wurde die Klar aufmerksam:

„Nach den Leuten nicht den Aß, Philipp, komm!“ rief sie.

In dies „Komm“ hatte sich aber etwas vom hellen A ihrer Sprechweise hineingestohlen, und da es Rheinheiserart ist, jede Kleinigkeit aufzugreifen und zu einem Spott anzudehnen, so gab's ein Hallo, und das „Komm!“ mit dem schlagen Tone wurde nachgeahmt. „Danz doch!“ und „Komm!“ rief es.

Der Philipp war nun auf die Treppe getreten und mußte nicht, was er tun sollte. Die Mutter stieß ihn zur Tür hinein.

„Affengefichter!“ rief sie den Leuten zu. „Macht, daß ihr heim kommt. Was habt ihr denn überhaupt vor meiner Tür verlor'n? Geht zum Teufel, ihr Schneidbankstopp!“

„Oho!“ rief's dagegen — und „Schneidbankstopp!“ — und „Danz doch!“ — und „Komm!“

Nun war aus dem Scherz Ernst geworden. Die des Spokes halber aus ihren Türen und Höfen gekommen waren, die fühlten sich nun beleidigt und gereizt, obgleich sie doch gereizt hatten. Das ist so Törliserart.

„Pumpenbaggah,“ schmetterte die Klar wie ein zorniger Hahn heraus.

„Na, was Pumpe anbelangt,“ rief eine dagegen — „da könnt'st du dich zuerst mal am Kopf kratzen. Wir haben noch mit unsern Mann hinausgeschmissen, daß sein Mensch weiß, wie's ihm geht und was aus ihm geworden ist!“

„Nein,“ sagte die Klar und lachte, „du dumme Buhertsmann, du läufst nur mit dem und läßt dir als ein Kind nach ein andern im Zuff machen!“

Die Spengler Schlüsselien krächte mit ihrer ichenslichen Stimme, die klang, als wenn ein Hinkel den Zahnreißer tut:

„Du Zieglermensh! Du männst, du wärist schon überm Gräbeldchen und hättst dein Bub schon zum Schullehrer gemacht. Ja, Mödelchen!“

„Heberm Gräbeldchen bin ich noch nit,“ erwiderte die Klar. „Aber ich hab auch noch nit mit e'm drin gelegen, wie ihr, Schlüsselien, und's ist noch keiner über mich gehupft.“

Die Schlüsselien wußte auf diejen satzigen Sieb nichts zu erwidern. Sie bewegte nur den Unterkiefer, als fane sie an einem zu dicken Kloß, und krächte dann:

„Zu Lebtag nit bringst du dein Bub zum Schullehrer — und wenn dein ganz Wärsche drauf geht — du Zieglermensh!“

Die Klar lachte — die Schlüsselien verkroch sich.

„Ich will dir was sagen, Klar,“ rief jetzt eine Männerstimme — es war der Weisef Jakob — „so hoch hinaus brauchst du nit zu wollen. Schuster, bleib bei dem de'm Leisten, war schon zu Lebtag richtig. Wer so hagen macht wie dein Aß do, — und du hilfst noch dazu — der wird seiner Lebtag nit. Und warum soll er auch nicht bleibe, was mir auch sind. Weil dich der Hochmutdschweifel hat. Steck's uff! Steck die Poste uff!“

„s wird nit Gutes draus, 's kost dich nur dein bißchen Sach — für so e'm Aß kein Daxe.“

Die andern zollten ihm Beifall. Dazwischen rief's: „Danz doch!“ „Schneidbankstopp!“ „Komm!“ „Komm!“ — und — und die Klar hatzichte auf ihren Hintern. Dann trat sie in die Tür und schmiß sie zu. Die Nachbarn verkriechen sich.

(Fortsetzung folgt.)

\*) mehr!



